

Wien, am Freitag, den 28. Jänner 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 28. Jänner 1927.

Die Budgetberatungen über den Veranschlag 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 3 Uhr nachmittags die Sitzung.

Es kommen zwei Geschäftsstücke zur Verhandlung. Über die Stadt rat Speiser referiert. Ueber die Gehaltsregulierung für die Beamten der städtischen Unternehmungen führt Stadtrat Speiser aus, dass diese in Zukunft wie die Lehrer und die Beamten der Hochschulpflichtverwaltung am 1. Jänner und am 1. Dezember eines jeden Jahres einen halben Monatsgehalt ausbezahlt bekommen. Diese Auszahlung macht eine Erhöhung der Jahresbezüge von achteindrittel Prozent aus. Ausserdem werden die Monatsbezüge um durchschnittlich viereinhalb Prozent erhöht. Einige Gruppen der Beamten der städtischen Unternehmungen erhalten Begünstigungen ihres Systems. Es werden auch die Disziplinarbestimmungen zugunsten der Angestellten dahin geändert, dass die bedingte Verurteilung und die Möglichkeit der Nachsicht der Straffolgen nach einem Disziplinarverfahren eingeführt wird.

Stadtrat Rummelhardt (chr. soz.) stellt bezüglich der Bestimmungen über die Wiederaufnahme des Verfahrens einen Abänderungsantrag, der dahin geht, dass die Angestellten nach der Wiederaufnahme des Verfahrens nur die Folgen des Urteiles zu tragen haben. Er führt weiter aus, dass die städtischen Angestellten parteipolitisch beobachtet werden. Er verliest ein Schriftstück, in dem den Angestellten des Elektrizitätswerkes mitgeteilt wird, bei welchen Vertrauensmännern sie sich zur sozialdemokratischen Partei und zur sozialdemokratischen Angestelltenorganisation anmelden können. Diese indirekte Aufforderung zum Beitritt zur sozialdemokratischen Partei und zur sozialdemokratischen Organisation ist unerhört und die Christlichsozialen müssen dagegen den schärfsten Protest einlegen.

Bei diesen Worten entsteht im Saal ein grosser Lärm, von den Bänken der Sozialdemokraten gehen viele Zwischenrufe zu den Christlichsozialen und umgekehrt. Es entspinnt sich eine heftige Debatte zwischen den Gemeinderäten Thaller und Beisser einerseits und den Christlichsozialen Binder, Rummelhardt und Untermüller andererseits. Gemeinderat Kohl ruft den Stadtrat Rummelhardt zu: Sie haben nicht so viel Mitglieder als wir Vertrauenspersonen. Stadtrat Rummelhardt antwortet ihm: Unsere Mitglieder sind aber gesinnungstreu! Die Gemeinderäte Doppler und Kunschak machen ununterbrochen Zwischenrufe gegen die Sozialdemokraten. Der Bürgermeister ersucht wiederholt um Ruhe, und als Stadtrat Rummelhardt ihm zuruft, er möge seine Parteigenossen zur Ruhe ermahnen, weist Bürgermeister Seitz den Ausdruck Parteigenossen energisch zurück.

Stadtrat Rummelhardt führt dann in seiner Rede weiter fort und erklärt, dass mit dieser Agitation die Amtsräume und die Amtszeit parteipolitisch missbraucht werden. Die Bevölkerung wird sich das nicht mehr lange gefallen lassen und endlich einmal Mode machen.

Die Angestellten sollen sich aber auch zur Anlage eines Katasters und zur Nachprüfung desselben melden.

Gemeinderat Haider: System Speiser!

Gemeinderat Doppler: Zuerst werden die Angestellten in die Organisation gepresst und dann noch in den Kataster.

Stadtrat Rummelhardt: Es ist unerhört, dass auf die städtischen Angestellten ein solcher Druck ausgeübt wird. Wir verlangen, dass die Stadträte Speiser und Emmerling diese Dinge sofort abstellen. Die Bevölkerung ist nicht in der Lage einen höheren Strompreis zu zahlen, damit Sie in den Elektrizitätswerken ihre Parteiorganisationen erhalten. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

In seinem Schlusswort spricht sich Stadtrat Speiser gegen den Antrag des Stadtrates Rummelhardt aus. Die gerügte Bestimmung bezüglich der Wiederaufnahme des Disziplinarverfahren ist weder eine vertrakte noch eine verkleusulierte. Bezüglich des vom Stadtrat Rummelhardt verlesenen Rundschreibens, erklärt Stadtrat Speiser, dass das Schriftstück mit ihm in keiner Weise in Verbindung gebracht werden kann. Er werde selbstverständlich untersuchen lassen, ob das Flugblatt auf amtlichem Papier hergestellt wurde. Stadtrat Speiser erklärt ferner, dass er nicht das geringste Recht habe, sich in die Agitation der städtischen Angestellten aller Parteien einzumengen. In der heutigen Zeit ist es eben nicht zu vermeiden, dass in Aemtern, Schulen und Betrieben politische Agitationen betrieben werden.

Gemeinderat Doppler: Schliessen Sie die Werbestellen!

Stadtrat Speiser: Ich habe von der Direktion des Elektrizitätswerkes gehört, dass die Angestellten des Werkes mit Arbeit überlastet sind. Sie leisten eine ganz ausserordentliche Arbeit.

Gemeinderat Doppler: Das hat niemand bestritten!

Gemeinderat Hedonfer (Soz. Dem.): Als Faulenzer habt Ihr sie hingestellt. Stadtrat Rummelhardt: Die aber agitieren? Stadtrat Speiser: Auch die erfüllen ihre Pflicht. Stadtrat Rummelhardt: Wann machen sie dann ihre Parteiarbeit?

Stadtrat Speiser in seinem Schlusswort fortfahrend: Ebenso wie in allen privaten Unternehmungen, so sind auch in städtischen Aemtern und Betrieben Anmeldestellen für alle Parteien. Ich kann nur sagen, dass ich es selbstverständlich ablehne, mich in die privaten, gewerkschaftlichen und politischen Verhältnisse der Angestellten einzumengen, und dass ich nichts finde, was ich abstellen könnte.

Gemeinderat Doppler: Die Werbestellen büssen also weiter.

Der Antrag Speiser wird sodann angenommen und der Abänderungsantrag des Stadtrates Rummelhardt abgelehnt. Da während der Abstimmung Gemeinderat Rummelhardt verschiedene Zwischenrufe gemacht hat, ruft ihm Bürgermeister Seitz, weil er die Zwischenrufe während einer offiziellen Handlung gemacht hat, zur Ordnung. Der Ordnungsruf des Bürgermeisters wird von den Christlichsozialen mit Beifall aufgenommen.

Stadtrat Speiser referiert weiter über die Verbesserung des Kollektivvertrages für die Bediensteten der städtischen Leichenbestattung. Das neue Lohnschema bringt eine Erhöhung der reinen Arbeitslöhne um mehr als sechs Prozent. Es wurde eine Reihe kleinerer Verbesserungen in der Ueberstundenentlohnung u. s. w. vorgenommen und die Weihnachtarenumeration wird im Kollektivvertrag verankert.

Stadträtin Dr. Motzko erklärt, dass eine Parteiagitiation niemals in einer solchen Verquickung mit dem Dienst betrieben werden kann. Bezüglich des neuen Kollektivvertrages für die Bediensteten der städtischen Leichenbestattung erklärt Frau Dr. Motzko, dass an den beschäftigten Frauen ein grosses Unrecht begangen werde. Während ein Professionist für eine Tag überstunde 2 S 20 g erhält, erhält eine Professionistin nur 1 S 46 g. Für eine Nachtüberstunde erhält ein Professionist 2 S 93 g, eine Professionistin aber nur 1 S 95 g. Solche Unterschiede dürfen nicht gemacht werden. Gegen Sie den Frauen bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn. Gegen das Unrecht, das sie damit an den erwerbstätigen Frauen begehen, müssen wir schärfstens protestieren.

Stadtrat Rummelhardt führt aus, dass auch in den Büros der städtischen Leichenbestattung Parteiagitiation betrieben wird. Den Angestellten werden Agitationszettel auf den Tisch gelegt und es wird auch mit Werbezetteln für die Arbeiterzeitung agitiert. Der Redner bezeichnet das als unverschämte und ersucht den Stadtrat Speiser, etwas mehr als bisher sein Augenmerk auf diese unerhörte Agitation zu richten.